

**Ralf Kutzner**

**Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall**



**1. Mai 2018: „Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit“**

**Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2018 in Cuxhaven**

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
der 1. Mai ist unser Feiertag. Er ist Ausdruck von Protest, Haltung und politischer Überzeugung.

Vom 1. Mai geht und ging immer ein Signal der Arbeiterbewegung aus. Signale, als Positionslichter haben hier bei Euch an der Küste ja ohnehin eine besondere Bedeutung. Sie geben in stürmischer See eine verlässliche Orientierungsmarke. Selbst die erfahrensten Seebären und Bärinnen sind darauf angewiesen.

Unsere Signale in einer Zeit von gesellschaftlichen, betrieblichen und politischen Umbrüchen sind Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit. Das sind keine oberflächlichen Antworten, keine Überschriften. Das sind wichtige Elemente unseres Wertegerüsts.

Solidarität, denn nur wenn wir zusammen stehen, können wir was erreichen. Vielfalt, weil Nationalismus und Isolation keine Optionen für eine humane Gesellschaft sind. Und Gerechtigkeit, weil sie uns antreibt, seit über 150 Jahren antreibt, um das Leben der Menschen besser zu machen.

Wir sind die, die dafür eintreten. Im Betrieb, in Wirtschaft und Gesellschaft. Darauf können wir stolz sein.

Egal ob NGG, GdP oder EVG. Ob IG BAU oder BCE, ob Ver.di oder IG Metall: Heute ist unser Tag!

Der 1. Mai und seine Geschichte sind eine Mahnung: Nichts ist selbstverständlich. Nichts wurde uns geschenkt.

Insbesondere mahnt er aber die Arbeitgeber und die Politik: Arbeit hat ihren Wert! Und Menschen haben ihre Würde!

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, bezahlter Urlaub, kürzere Arbeitszeiten. Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Tarifautonomie. Ich frage: Wie würde dieses Land ohne Gewerkschaften aussehen?

Das waren unsere Erfolge. Und wir sind noch lange nicht fertig!

Wir konnten ein bisschen aufatmen: Die FDP ist dem Land als Regierungspartei erspart geblieben.

Und bei allen Lücken, die auch der jetzige Koalitionsvertrag hat: Ohne uns und ohne Euren Druck würde vieles darin nicht stehen.

Beispiel: Stabiles Rentenniveau und endlich wieder die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung und das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.

Doch schon die ersten Schritte der neuen Bundesregierung zeigen: Wir müssen ihr auf die Finger schauen. Und wir müssen ihr auch auf die Finger hauen!

Da denke ich etwa an manche Minister. Mit einem Grundgehalt von 15.300 Euro führt sich mancher zum Experten für alles auf. Unabhängig von seinem eigentlichen Fachbereich.

Ich zitiere: „Hartz IV bedeutet nicht Armut. Damit hat jeder das, was er zum Leben braucht.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Armut ist und bleibt ein Riesenthema und in einem reichen Land wie Deutschland auch eine Riesenschande!

Aber bei Sätzen wie diesen frage ich mich, ob wir nicht langsam mal auch über geistige Armut in diesem Land sprechen sollten.

Herr Minister Spahn: Das ist kaltschnäuzig!

Das ist Verachtung gegenüber den Lebensinteressen der Menschen. Wenn Minister Publicity in eigener Sache, über ihre Aufgabe stellen, dann sind die schlicht eine Fehlbesetzung, die korrigiert werden muss. Denn: Leben muss mehr sein als nur zu überleben! Das gilt auch bei Hartz IV.

Hartz IV ist keine Grundsicherung. Hartz IV ist eine Grund-Verunsicherung. Ziel von Hartz IV ist, Abstiegsangst auszulösen. Betroffene sollen Arbeit zu jedem Preis annehmen.

Der Druck, der damit ausgelöst wird, sieht so aus: Lieber prekär beschäftigt, lieber Billiglohn, lieber schlechte Jobs, lieber keine Ansprüche an gute Arbeit formulieren, als gesellschaftlich und wirtschaftlich nackt mit Hartz IV.

Und darum ist es richtig und wichtig, wenn jetzt wieder der Ruf erschallt: Hartz IV muss weg!

Deutschland ist kein reiches Land, weil Manager Mondgehälter kassieren, sondern weil das Land auf Millionen von Beschäftigten bauen kann.

Ihr seid es, die mit Euren Händen und mit Euren Köpfen Mehrwert und Gewinne produziert. Die Beschäftigten. Und niemand anderes!

Sollen sich die Bosse und Shareholder doch bitte mal selbst ans Band stellen.

Alle die heute hier sind wissen: Uns wurde nie was geschenkt!

Im Gegenteil: Es ist höchste und die richtige Zeit, dass wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter Bosse, Bonzen und Bummelpolitiker in Bewegung setzen!

Die IG Metall-Mitglieder konnten mit einer tollen Streikbewegung erst jüngst beweisen: Die Zeit der reinen Abwehrkämpfe ist vorbei!

Sie haben nicht nur ordentliche Lohnerhöhungen durchgesetzt.

Nein, es ist auch gelungen eine kurze Vollzeit zu vereinbaren.

Mit Rückkehrrecht in Vollzeit. Mit Entgeltzuschuss für Eltern, Pflegende oder Schichtarbeiter.

Dort, wo die Politik seit Jahren ein peinliches Topfschlagen veranstaltet, haben wir einen Tarifvertrag dagegen gesetzt.

Kurzum: Gewerkschafter sind Gestalter!

Das zeigt: Tarifverträge sind kein „Nice to have“.

Und das gilt auch für den Abschluss von Verdi im öffentlichen Dienst. Wir alle in unseren Einzelgewerkschaften streiten für bessere Zeiten. Und ja, und wir streiten uns auch in unseren Gewerkschaften über den richtigen Weg oder den richtigen Abschluss. Aber am Ende erreichen wir immer, dass die Arbeit für jeden mehr Wert hat.

Deshalb wünsche ich der IG Bau viel Erfolg bei ihrer Schlichtung für das Bauhauptgewerbe.

Und an die Adresse der Tarifverweigerer, wie wir sie leider oft im Metallhandwerk erleben: Wer aus Tarifverträgen flieht, der kündigt die Sozialpartnerschaft. Wer Betriebsräten Kündigungsanwälte und Privatdetektive auf den Hals hetzt, wer Union Buster beauftragt, die unsere Solidarität sabotieren: Dem gehört das Handwerk gelegt! Wer Betriebsräte behindert, begeht eine Straftat. Da darf kein Staatsanwalt länger gelangweilt wegsehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
auch Märchen werden nicht wahr, auch wenn die Neoliberalen sie ständig wiederholen. Es waren eben nicht die Sozialkürzungen und die Agenda 2010, die Deutschland aus der Krise geführt haben. Es waren die Beschäftigten. Sie haben mit guter Arbeit gute Produkte hergestellt.

Und es war auch die Sozialpartnerschaft mit uns Gewerkschaften, die Deutschland in der Krise gerettet hat. Denn, liebe Lobbyisten: Der Markt regelt gar nichts: Erst recht keine Gerechtigkeit. Der pure Markt regelt nur eines: Den Reibach von wenigen!

Da fabuliert etwa Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer: „Die Digitalisierung wirkt sich natürlich auch auf die Arbeitszeiten aus: Ein zu enges Arbeitszeit-Korsett und zu starre und unflexible arbeitsrechtliche Vorschriften tun der Wirtschaft nicht gut.“

Wir hoffen, dass der neue Bundesarbeitsminister Hubertus Heil bereit ist, mehr Flexibilität bei Arbeitszeiten und im Arbeitsrecht zuzulassen.“ Zitatende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
einen Raubbau an unseren Rechten lassen wir nicht zu! Weder heute noch in Zukunft! Die Digitalisierung betrifft unser aller Leben. Die Digitalisierung darf nicht länger ein Deckmantel sein, um uralte Kamellen aus der Mottenkiste der Arbeitgeber zu holen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sie wollen glänzende Zahlen, bieten dafür aber Arbeitsbedingungen aus staubigen Zeiten. Dafür haben unsere Großmütter und Großväter nicht gekämpft!

Solange wir die Arbeit der Zukunft mitgestalten, brauchen wir vor Digitalisierung keine Angst zu haben. Und dass wir auch wirklich mitgestalten können, dafür müssen wir uns einsetzen, und dafür brauchen wir starke Gewerkschaften mit vielen Mitgliedern.

Entscheidend ist: Alle Menschen aller Beschäftigungsgruppen müssen bei diesem Wandel mitgenommen werden. Und darum darf das Thema Bildung nicht weiter eines für Sonntagsreden sein, sondern für die ganze Woche.

Es darf eben nicht nur darum gehen, der Wirtschaft an den Schulen und Universitäten hochtechnisierte Fachleute heranzuziehen.

Wer von Bildung und Digitalisierung spricht, muss auch für Chancen und eine lebenslange Durchlässigkeit der Berufswege eintreten.

Wer von Bildung und Digitalisierung spricht, muss endlich auch die gläsernen Decken einschlagen, die Frauen hindern, in Unternehmen aufzusteigen!

Wer von Bildung und Digitalisierung spricht, darf Menschen nicht nur als Ressourcen sehen.

In diesem Zusammenhang ein Wort dazu, worüber Arbeitgeber so gerne sprechen: den Fachkräftemangel. Da sollten einige mal lieber ganz, ganz still sein. Jeder vierte Auszubildende wirft hin. Die Abbrecherquote ist so hoch wie seit Anfang der 90er-Jahre nicht mehr. Je niedriger die Vergütung, desto höher ist die Abbrecherquote. Gute Arbeit zieht Fachkräfte an, schlechte Arbeit vertreibt sie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich für und mit Cuxhaven über die Ansiedelung von Siemens Gamesa. Aber jetzt muss es darum gehen, daraus auch sichere Arbeitsplätze zu machen. Ein Strukturwandel im Energiesektor darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen.

Und ohne starke Industrie keine starke Dienstleistungsbranche. Das Handwerk hat in unserer Volkswirtschaft eine überragende Bedeutung. Dort werden viele der Fachkräfte ausgebildet die morgen gebraucht werden.

Und deshalb ist wichtig: Gute Fachkräfte hält man nur mit guten Tarifverträgen – auch und gerade im Handwerk.

Aber woher kommen gute Tarifverträge?

Nur mit einer durchsetzungsstarken Gewerkschaft im Betrieb. Dort und nirgends anderswo entscheidet sich gute Arbeit. Hier wird die Machtfrage gestellt. Und die müssen die Mitglieder der Gewerkschaft im Betrieb beantworten können.

Da nutzen keine Rufe nach der Politik.

Das Normalarbeitsverhältnis wird nur in einem tariflichen Rahmen und mit der Mitbestimmung von Betriebs- und Personalräten positiv gestaltet werden können.

Deshalb müssen die Mitbestimmung ausgeweitet und die Tarifbindung gestärkt werden.

Normalarbeitsverhältnis? Für viele junge Beschäftigte existiert das nur noch als Lexikon-Eintrag bei Wikipedia.

Das ist ein Skandal: Lasst uns diesen Zustand endlich abstellen. Indem wir gute Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge erstreiten.

In jedem Betrieb und in jeder Verwaltung. Indem wir die Politik nerven. Und indem wir das machen, was nur wir können: Solidarität organisieren. Gegen die Solidarität der Beschäftigten ist kein Kraut gewachsen. Das ist heute immer noch so!

Lasst uns deshalb gleich morgen noch mehr Mitglieder gewinnen. Am besten fangen wir gleich jetzt hier auf dem Platz damit an.

Normal, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Arbeit von heute häufig schon lange nicht mehr. Gut 40 Prozent der unter 35-Jährigen arbeiten in prekären Verhältnissen. Wie bitte sollen sie als Leiharbeiter eine Familie planen können? Wie sollen sie von Befristung zu Befristung einen Bankkredit oder Mietvertrag bekommen?

Über eine Million Beschäftigte arbeiten inzwischen als Leiharbeiter. Tendenz: weiter steigend. Prekäre Arbeit braucht kein Mensch und die Wirtschaft braucht sie auch nicht. Also: Weg mit den prekären Zuständen, das haben die Menschen nicht verdient. Sie verdienen mehr!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
zu lange ging von der Politik ein Regime gegen die Mehrheit in unserem Land aus. Diese Zustände sind ungerecht und missachten die Lebensleistung der Beschäftigten.

Nehmen wir die Rente: Seit 2003 ist das Rentenniveau von 53 auf heute 48 Prozent gesunken. Abgekoppelt von der Entwicklung bei den Löhnen.

Für die Rentnerinnen und Rentner bedeutet das: Wer ein Leben lang geschuftet hat, soll dafür immer weniger Rente bekommen. Die gesetzliche Rente ist kein Almosen. Sie ist verdient.



Für die Jungen die länger in prekären Jobs arbeiten mussten, reicht die Rente nicht zum Leben.

Es geht hier um mehr als nur Zahlen: Es geht um das Vertrauen in diesen Staat. Wir haben nicht über hundert Jahre für einen sozialen Staat gekämpft, damit er von Interessengruppen des Kapitals eingerissen wird. Darum: Jetzt ist die richtige Zeit zur Rettung der Rente. Und die geht nur mit einer starken gesetzlichen Rente. Jetzt, sofort – und nicht irgendwann.

Spätestens die Finanzkrise und die Niedrigzinsen jetzt zeigen: Die privaten Rentenversicherungen bringen nicht das Maß an Sicherheit das nötig ist. Und die versprochenen Renditen bringen sie schon gar nicht.

Und zu glauben, dass wir uns nun auf die eingesetzte Rentenkommission verlassen können, und die das schon richten werden, würde zu einem bösen Erwachen führen.

Wir werden deshalb unsere Erwartung und unseren Anspruch sehr deutlich und öffentlich mit viel Druck erklären müssen.

Wir werden das Land nicht den Falschen überlassen: Weder den Marktradikalen, noch den Rechtsradikalen! Wir lassen uns nicht auseinander dividieren: Stamm- und Leihbeschäftigte gehören zusammen.

Jung und Alt gehören zusammen. Männer und Frauen gehören zusammen. Sie alle gehören zusammen und brauchen gleiche Chancen ein gutes Leben führen zu können.

Doch wer Solidarität durch das Konzept der Spaltung ersetzen will, wer innerhalb der Betriebe Grenzen ziehen will, zwischen Biodeutschen und Kollegen mit Migrationshintergrund,

wer rund um die Republik in einer globalisierten Welt wieder Schranken und Mauern bauen will, dem sagen wir: Wir werden unser Land beschützen. Nie wieder werden

wir zulassen, dass Deutschland in die Hände von Faschisten und Feinden der Demokratie gerät.

Die wirkliche Problemzone unserer Welt verläuft ganz woanders: Zwischen Reich und Arm. Und nicht zwischen Schwarz und Weiß oder Schwachen und noch Schwächeren und auch nicht zwischen Jung und Alt oder Mann und Frau.

Unsere Betriebs- und Personalräte haben täglich mit diesen Konflikten zu tun. Sie treten betrieblich auf und bewältigen oft schwierige Situationen. Und die Betriebs- und Personalräte versuchen jeden Tag, die Welt ein Stück gerechter zu machen. Das verdient unseren Respekt!

Und deshalb rufe ich allen alten und neuen Personalräten und Betriebsräten zu: Ihr steht oft im Regen, immer im Wind und viel zu selten in der Sonne. Ihr leistet Außerordentliches. Dafür von uns allen: Herzlichen Dank!

Und weil in den letzten Wochen viel über Leitkultur und Heimat gesprochen wird: Unsere Leitkultur ist das Grundgesetz, die Menschenwürde und die Gerechtigkeit. Aber auch: Die Religionsfreiheit!

So liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt lasst uns zusammen feiern.

Euch und Euren Familien Gesundheit und alles Gute!

Vielen Dank fürs Zuhören.